

Die pazifischen Inselstaaten und das Engagement Chinas in Ozeanien

Hermann Mückler

Nr. 06/2022

Darum geht's

Das zunehmend konfrontative Verhältnis der USA und Chinas um die globale ökonomische und politische Vorherrschaft wird vor allem im Pazifik ausgetragen, wo sich die Interessenssphären der beiden Großmächte unmittelbar überlappen. Die pazifischen Inselstaaten, welche die Großregion Ozeanien bilden und den drei Subregionen Melanesien, Polynesien oder Mikronesien zugeordnet werden können, liegen mittig zwischen Ost- und Südostasien sowie Australien und den beiden Amerikas. Sie sind ökonomisch mehrheitlich uninteressant, demographisch vernachlässigbar und erlangen aufgrund ihrer geringen Größe nur selten Gehör für ihre Anliegen auf dem internationalen Parkett. Für eine strategische Positionierung der rivalisierenden Großmächte sind die

Inselstaaten jedoch von erheblicher Bedeutung. Folglich buhlen die Hauptakteure – USA, China, Australien, Japan und die EU – um die Gunst der kleinen und kleinsten Inselstaaten, deren Bedeutung aufgrund ihrer Zahl bei Abstimmungen in der UN-Generalversammlung relevant ist. Dies wird von den Inselregierungen zum eigenen Vorteil genutzt, indem Wohlverhalten bei Abstimmungen und das Einräumen privilegierter Handels- und Kooperationsmöglichkeiten an finanzielles Engagement gebunden werden. Dabei werden die Akteure gegeneinander ausgespielt, wodurch eine dynamische Entwicklung eingetreten ist, welche Vorhersagen über langfristige Allianzbildungen erschwert.

Abb.: Xi Jinping in Papua-Neuguinea.

Quelle: www.dw.com



Die wichtigsten „traditionellen“ Geldgeber für die Region – das sind die USA, insbesondere in Mikronesien, sowie Australien, Japan und die EU in Melanesien und Westpolynesien – geraten immer mehr unter Druck, da China mit lukrativen Angeboten den Inselstaaten Alternativen eröffnet, die obendrein nicht an demokratiepolitisches Wohlverhalten geknüpft sind. Im Ringen um die Gunst der Inselstaaten haben die USA und Australien Terrain verloren und müssen sich mit der Tatsache anfreunden, dass sich China in mehreren der Inselstaaten günstige Ausgangsbedingungen für eine längerfristige und in der Zukunft noch deutlich weitergehende Einflussnahme geschaffen hat.

Die Faktenlage

Der pazifische Ozean kann spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg und der Besetzung der davor von den Japanern kontrollierten mikronesischen Inselgruppen als „Hinterhof“ der USA bezeichnet werden. Bereits mit der Annexion der Hawaii-Inseln, Guams und der Philippinen im Jahr 1898 waren die Vereinigten Staaten eine pazifische Kolonialmacht geworden, deren hegemoniale Einflussgebiete nach der Definition der Monroe-Doktrin bis in den Westpazifik vor die Küsten Ostasiens reichten. Neben den großen Basen auf den Hawaii-Inseln, Guam und (bis 1992 und nun wieder eingeschränkt) den Philippinen spielt insbesondere Kwajalein in den Marshall Islands als Tracking Station für Marschflugkörper und Satelliten eine zentrale Rolle im „mare nostrum“-Verständnis der US-Amerikaner. Dazu kommen militärische Einrichtungen auf einer Vielzahl kleinerer Inseln und Atolle (z.B. Johnston Island) sowie günstig gelegene Tiefseehäfen (z.B. Pago Pago in American Samoa), welche dazu dienen, eventuelle Bedrohungen des amerikanischen Festlandes schon weit westlich abzufangen.

Für China stellt der pazifische Ozean ebenfalls ein Vorfeld dar, welches es, zum Schutz des kontinentalen Reiches zu kontrollieren und zu beherrschen gilt. Das Ende der 1940er Jahre

von US-Militärstrategen entwickelte Konzept der First, Second und Third Island Chain sollte – mit Blick von Osten nach Westen – potentiellen sowjetischen und chinesischen Ambitionen im Pazifischen Ozean mit einem graduell gestaffelten Containment- und Verteidigungsplan begegnen. Dieses Konzept wurde in umgekehrter Weise von chinesischer Seite aufgegriffen, um die eigenen Sicherheitsinteressen und Einflussphären zu definieren und schrittweise in den Pazifik zu verschieben. Explizit wird der Pazifische Ozean heute von China als dessen sicherheitspolitisches Vorfeld und prioritäres Operationsgebiet bezeichnet und die US-amerikanische Dominanz abgelehnt und herausgefordert. Chinesische Quellen offenbaren drei Ansätze, wie diese Inselketten bewertet und in drei in ihren Konsequenzen für die strategische Planung unterschiedliche Konzepte inkorporiert werden: Sie werden als Barrieren, Sprungbretter und Bezugspunkte betrachtet. De facto hat China mit dem derzeitigen Grad des Ausbaus einer Blue Water Navy die erste Inselkette bereits überwunden. Dies bedeutet aus US-amerikanischer Sicht z.B. eine deutlich gefährdetere Position für Guam, der südlichsten Marianen-Insel, welche nun innerhalb der von China nach Osten vorgeschobenen Sicherheitszone liegt. Darüber hinaus hat China aber bereits den gesamten insular-pazifischen Raum sowie den Indischen Ozean als Operationsgebiet für sich in Beschlag genommen, womit das Island Chain-Konzept vor allem noch als Bezugspunkt eine Rolle spielt.

Für die USA bedeutete dies die Notwendigkeit, die eigenen geostrategischen Konzepte für den Pazifik neu zu definieren. Dies passierte einerseits durch die Umbenennung des U.S. Pacific Command in das Indo-Pacific Command im Mai 2018 und die Ausweitung von dessen Zuständigkeiten weit über den pazifischen Ozean hinausgehend. Andererseits wurde ein Konzept von Island Clouds anstelle

von Island Chains formuliert, was den Fokus auf Insel-Cluster legt und damit die Bedeutung der einzelnen pazifischen Inseln in den drei Subregionen erhöht. In vielen dieser Inselstaaten tritt China sehr sichtbar auf unterschiedlichen Ebenen in Erscheinung.

Papua-Neuguinea (PNG)

Der flächen- und bevölkerungsmäßig größte Staat Melanesiens pflegt traditionell enge Kontakte zur Volksrepublik China und unterstützt vorbehaltlos dessen „One-China“-Politik. Chinesische Investitionen erreichten mit dem Agieren der China Metallurgical Construction Company (MCC) und der Errichtung der Ramu Nickel-Kobalt-Mine ab dem Jahr 2008 einen ersten Höhepunkt. Ebenfalls seit 2008 werden Soldaten der PNG-Defence Force in China ausgebildet und zu Trainingskursen regelmäßig dorthin gebracht. Chinesische Investitionen in Häfen und Flughäfen (z.B. Lae airport) und Minenprojekte (z.B. Frieda River Cooper-Gold-Project), vor allem aber der im Februar 2021 bekannt gewordene Plan, einen Fischverarbeitungskomplex auf der Insel Daru an der Südküste von PNG zu bauen, ließ bei Australien, dem unmittelbaren südlichen Nachbarn die Alarmglocken schrillen. PNG zählt zu jenen Staaten, die im Juni 2020 das Hongkong National Security Law vorbehaltlos unterstützten. Insbesondere Australien fürchtet, dass PNG seine Häfen für chinesische Kriegsschiffe öffnen könnte.

Salomonen-Inseln

Unruhen in der Hauptstadt Honiara auf Guadalcanal im November 2021 führten – wie bereits 2006 – zur weitgehenden Zerstörung des Chinesenviertels. Die im Handel dominanten Chinesen kontrollieren viele der auf die Hauptinsel beschränkten ökonomischen Aktivitäten. Premier Manasseh Sogavares Wechsel von einer Anerkennung Taiwans zur Zusammenarbeit mit der

Volksrepublik im Jahr 2019 ging mit massiven ökonomischen Hilfen Chinas für den notorisch verschuldeten und in Teilbereichen dysfunktionalen Staat einher. Aufsehen und Widerstand erregte dabei die Unterzeichnung einer Absichtserklärung für eine langfristige Verpachtung der Insel Tulagi an die Chinesen, die dort einen Hafen und Flughafen, eine exklusive Wirtschaftszone sowie in weiterer Folge sogar einen Öl- und Gasterminal errichten wollen. Tulagi war vor dem Zweiten Weltkrieg in britischer Kolonialzeit der wichtigste Stützpunkt und verfügt über eine entsprechend günstige infrastrukturelle Basis sowie einen Tiefwasserhafen.

Vanuatu

Die politische Geschichte des 1980 unabhängig gewordenen Staates zeichnet sich durch eine wiederholt unorthodoxe und zum Teil erratische Außenpolitik aus. Wiederholt wechselte die Loyalität zwischen Taiwan und China. Bedeutsam ist die chinesische Finanzierung des Baus einer neuen Werft auf der Insel Espiritu Santo, die auch militärisch genutzt werden kann. 2017 erhielt Vanuatu von China mehrere Militärfahrzeuge und Material, obwohl das Land keine stehende Armee sondern nur eine mobile Polizeitruppe aufweist. Wiederholt berichteten regionale Medien, dass die Verhandlungen zur Errichtung eines permanenten chinesischen Militärstützpunktes auf einer der Inseln Vanuatus weit gediehen seien.

Neukaledonien

Nachgewiesenermaßen haben gleich mehrere Gruppen der sich als Kanaken bezeichnenden indigenen Bewohner der französischen Kolonie Neukaledonien Kontakte zu China und in jüngster Zeit für ihre Kampagnen zur Loslösung von Frankreich finanzielle Unterstützung seitens der Chinesen erfahren. Dass das dritte verpflichtende Referendum für eine Unabhängigkeit der Kolonie zugunsten

eines Verbleibs bei Frankreich ausging, hing auch damit zusammen, dass Frankreich darauf hinwies, dass damit nur eine Abhängigkeit durch eine andere ersetzt werden würde. China ist an den weltweit fünfgrößten Nickelvorkommen Neukaledoniens interessiert.

Fidschi

Nach dem jüngsten von vier Coups auf Fidschi im Jahr 2006 und der darauffolgenden Isolierungspolitik Australiens und Neuseelands gegenüber dem Inselstaat hat sich Fidschi massiv China zugewandt. Der Besuch von Xi Jinping – damals chinesischer Vizepräsident und bereits designierter Nachfolger Hu Jintaos – beim militärischen Machthaber Fidschis Frank Bainimarama im Jahr 2009 markiert den Beginn einer massiven Intensivierung der chinesisch-fidschianischen Beziehungen. Umfangreiche Kredite und Investitionen von chinesischen Unternehmen haben seither die fidschianische Wirtschaft gefördert. Chinesische Kriegsschiffe frequentieren immer wieder die Hafenanlagen der Hauptstadt Suva zur Versorgung, u.a. 2018, als ein australisches Marineschiff vor Anker lag, welches angeblich ausspioniert wurde.

Samoa

Die 2021 nach politischen Turbulenzen vereidigte neue Premierministerin Flame Naomi Mata'afa forderte die Aufkündigung eines Vertrags zum Bau von Hafenanlagen und einer Werft in Vaiusu Bay am westlichen Rand der Hauptstadt Apia auf Upolu, da Samoa bei China bereits hoch verschuldet ist. Das Projekt im Umfang von bis zu 300 Mio. US\$ hätte über separate Bereiche für Kreuzfahrtschiffe, Containerschiffe und Fischerboote verfügen sollen. Die Diskussion um die Abhängigkeit, die sich aus der Verschuldung Samoas ergibt, beeinflusst derzeit die chinesisch-samoanischen Beziehungen.

Tonga

Chinesen bilden mit knapp vier Prozent der Gesamtbevölkerung die größte, ökonomisch erfolgreiche Minderheit in Tonga. Sie wurden 2001 und 2006 zur Zielscheibe gewalttätiger Proteste. Trotz der offiziell immer wieder betonten Freundschaft der beiden Länder werden die hohen Schulden gegenüber China zunehmend zu Tongas Problem, sodass der Inselstaat bereits 2020 eine Restrukturierung der Schulden beantragte.

Kiribati

Im Mai 2021 wurde bekannt, dass chinesische Unternehmen eine Reaktivierung und den Ausbau eines Flugfeldes auf dem zur Phoenix-Gruppe gehörenden Atoll Kanton (Abariringa, früher: Canton) im Zuge einer von ihnen finanzierten Machbarkeitsstudie in Erwägung ziehen. Dieses Flugfeld wurde bereits in den späten 1930er Jahren als Zwischenstopp für die ersten transpazifischen Flüge der PanAm genutzt und war im Pazifikkrieg von hoher strategischer Bedeutung. Auch wenn die Regierung von Kiribati (sprich: Kiribas) gegenüber den alarmierten USA eine geplante ausschließlich zivile Nutzung betont, würde damit eine chinesische Operationsbasis entstehen, welche die Entfernung zu den für die USA strategisch wichtigen Hawaii-Inseln von rund 8.000 auf nur mehr 3.000 km verringert.

Von besonderer Relevanz ist:

Ausnahmslos alle pazifischen Inselstaaten der drei Großregionen Ozeaniens sind ohne regelmäßiger substantieller Hilfsleistungen aus dem Ausland nicht lebensfähig. Neben AusAid (Australian Aid) und USAid sind es vor allem Neuseeland, Japan und die Europäische Union, welche über diverse Schienen jahrzehntelang die Entwicklungshilfe dominierten. Neben finanzieller Unterstützung und langfristigen Kreditvergaben sind dies

Ausbildungsprogramme und der Abbau von Zollschränken für Produkte der Inselstaaten. Die meisten dieser Programme sind jedoch mit zivilgesellschaftlichen und demokratiepolitischen Fortschritten junktiniert sowie der Möglichkeit prioritärer Zugänge im ökonomischen Bereich. 2003 kündigte die Volksrepublik China an, dass sie ihre diplomatischen Beziehungen zum Pacific Islands Forum (PIF) – der wichtigsten regionalen Kooperationsorganisation – ausbauen und die Wirtschaftshilfe für diese Organisation erhöhen wolle. 2006 hatte der damalige chinesische Premierminister Wen Jiabao angekündigt, dass China seine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den pazifischen Inselstaaten ausbauen werde, was seither seine Umsetzung erfahren hat. Auffällig dabei ist die chinesische Förderung von jenen Infrastrukturmaßnahmen, die nicht nur den Inselstaaten zugute kommen, sondern auch von chinesischen Akteuren (z.B. Fischfangflotten) und im Bedarfsfall auch von Marineschiffen genutzt werden können. Dies betrifft insbesondere die Anlage von Tiefseehäfen und, zu einem geringeren Teil, Flughäfen mit entsprechenden Versorgungseinrichtungen. Auffällig ist die chinesische Präsenz durch überproportional große Botschaften auch in kleinen und kleinsten Inselstaaten.

So sehe ich das:

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis China in einem der pazifischen Inselstaaten eine permanente militärische Präsenz verankern kann. Idealerweise soll ein solcher Stützpunkt neben Hafeneinrichtungen auch einen Flugplatz beinhalten. Die langfristigen Konsequenzen der chinesischen Politik sind, dass sich die Abhängigkeit der Inselstaaten gegenüber der Volksrepublik noch weiter erhöht. Die voraussehbare Uneinbringbarkeit von Krediten wird den Druck auf die Inselstaaten, bei der Bereitstellung von

Stützpunkten entgegenkommen zu zeigen, deutlich erhöhen. Derzeit sind Papua-Neuguinea, Vanuatu und Fidschi die wahrscheinlichsten Kandidaten für die Eröffnung eines chinesischen Marinestützpunktes innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre. Mittelfristig sind auch Samoa, Kiribati und – nach einer Unabhängigkeit von Frankreich – Neukaledonien Kandidaten für eine verstärkte chinesische Präsenz auf den Inseln. Die Aufwertung und der Ausbau des US-Stützpunktes auf Guam, das AUKUS-Abkommen sowie Frankreichs erhöhte Beobachtung und sensible Reaktion auf Ereignisse in Ozeanien sind Reaktionen auf das Erkennen einer Machtverschiebung, die sich mit vielen von China gesetzten Akzenten verbindet. Derzeit geht es in Ozeanien um Platzierungen für günstige zukünftige Ausgangspositionen, oder anders formuliert: die Spielfiguren für potentielle zukünftige Auseinandersetzungen werden auf dem Feld platziert.